

BUND NRW • Merowingerstraße 88 • 40225 Düsseldorf

Der Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Postfach 10 11 43  
40002 Düsseldorf

per Email: [anhoerung@landtag.nrw.de](mailto:anhoerung@landtag.nrw.de)

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**18/807**

A17, A02

**Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein- Westfalen  
konsequent umsetzen,  
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Drucksache 18/4558**

**Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft,  
Forsten und ländliche Räume am 18. September 2023**

Stellungnahme des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die Einladung zur o.a. Anhörung bedanken wir uns herzlich und beziehen zu ausgewählten  
Punkten des Antrages gesammelt Stellung:

## **Klimaschutzpolitische Ausgangslage allgemein:**

### **Die Zeit zu handeln ist jetzt!**

Das Land NRW hat sich in seinem Klimaschutzgesetz<sup>1</sup> verpflichtet, die Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent und bis zum Jahr 2040 um mindestens 88 Prozent zu senken. Das Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen in Nordrhein-Westfalen und dem Abbau solcher Gase durch Senken (Treibhausgasneutralität) soll 2045 erreicht werden.

Damit soll der Verpflichtung aus dem Übereinkommen von Paris<sup>2</sup> nachgekommen werden, wonach der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten.

Von dieser Zielerreichung ist Deutschland jedoch weit entfernt. Einer Studie der Agora Energiewende<sup>3</sup> zufolge ist die zum Erreichen der deutschen Klimaziele erforderliche Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im letzten Jahr erneut ausgeblieben: Deutschlands Treibhausgasausstoß in 2022 stagnierte bei rund 761 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Demnach lag die Emissionsminderung 2022 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 bei knapp 39 Prozent und damit zum zweiten Mal hinter dem 2020 erreichten Klimaziel von 40 Prozent.

Verantwortlich für diese bedenkliche Entwicklung sind vor allem die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Energiewirtschaft. Sie stiegen 2022 erstmals wieder an und betragen zum Jahresende 255 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> (plus 8 Millionen Tonnen im Vergleich zu 2021). Haupttreiber war die höhere Verstromung von Braun- und Steinkohle aufgrund der Substitution von Erdgas.

Auf diese Ausgangslage trifft die Halbzeitbetrachtung der Agenda 2030 mit der Herausforderung, die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequenter, beschleunigt und wirkungsvoller umzusetzen.

## **I. Zur Ausgangslage im Besonderen**

Der BUND NRW e.V. begrüßt, dass die Landesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich weiterentwickelt. Nur mit einer fortgesetzten Ausrichtung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf eine nachhaltige Entwicklung -innerhalb der planetaren Grenzen- kann dauerhaft Wohlstand geschaffen, Frieden erreicht und ein Leben in Würde für die heutigen und kommenden Generationen auf diesem Planeten gesichert werden. Die Nachhaltige Entwicklung muss als Leitprinzip der Politik im Sinne einer „Dachstrategie“ auf

---

<sup>1</sup> GV. NRW. Ausgabe 2021 Nr. 53 vom 15.7.2021, Seite 893 bis 914

<sup>2</sup> BGBl. 2016 II S.1082, 1083

<sup>3</sup> Agora Energiewende (2023): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2022. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2023. [https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2022/2022-10\\_DE\\_JAW2022/A-EW\\_283\\_JAW2022\\_WEB.pdf](https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2022/2022-10_DE_JAW2022/A-EW_283_JAW2022_WEB.pdf)

allen Ebenen und bei Maßnahmen in sämtlichen Handlungsfeldern beachtet werden“.

### **Auf die Umsetzung kommt es nun an!**

Die Landesregierung sollte dafür in ihren Bemühungen, die eigene Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen, weitaus ambitionierter handeln. Wesentliche Ziele der Strategie, nachweislich durch den jeweiligen Status der Nachhaltigkeitsindikatoren NRW (s. Bericht 2020) sind weit davon entfernt, erreicht zu werden (exemplarisch: 7.2. Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen; 12.1.b Energieverbrauch privater Haushalte; 6.1.b Nitrat im Grundwasser; 11.1 Flächenverbrauch; 2.1.b Ökologischer Anbau sowie 12.1.a Konsum Biologisch erzeugter Nahrungsmittel; 15.1.a Artenvielfalt und 15.1.b Gefährdete Arten; 15.1.c Fläche des landesweiten Biotopverbundes). Wir empfehlen der Landesregierung daher dringend, die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) zur Priorität ihres Regierungshandelns zu machen. Neben einem kohärenten Vorgehen und einer Stärkung der Kapazitäten in den Landesministerien halten wir kürzest möglich zeitlich getaktete, verbindliche Zwischenziele und wirkungsvolle Maßnahmenpläne für dringend erforderlich.

Die planetaren Grenzen sind in wichtigen Bereichen bereits überschritten; globale Krisen verschärfen sich dramatisch (insbesondere in den Bereichen Klima und biologische Vielfalt). Wir erleben aktuell eine nie dagewesene Häufung von extremen Wetterereignissen mit der Folge von erschreckendem menschlichem Leid und einem hohen Grad von Zerstörungen (s.a. [Klima-Experte Latif: „Wir waren viel zu sorglos“ \(t-online.de 13.09.23\)](https://t-online.de/13.09.23)).

Mit dem Peer-Review-Prozess in 2018 haben internationale Expertinnen und Experten die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsstrategie auf „gravierende Zielverfehlungen“ (off-track) hingewiesen, mahnten entschiedenes Handeln an und forderten, die eigenen Ziele ehrgeiziger zu setzen. Der BUND NRW empfiehlt die Einführung eines vergleichbaren Verfahrens auf Landesebene ausdrücklich. Auf Bundesebene und in Hessen hat sich dieses Instrument als hilfreich erwiesen, um neue, unabhängige Hinweise zu strukturellen und inhaltlichen Potentialen sowie Hindernissen zu erhalten. Dabei sollte auch die kommunale Ebene mit in den Blick genommen werden.

Auch ist es unerlässlich, dass sich die Nachhaltigkeitsstrategie im Landeshaushalt widerspiegelt. Das auf kommunaler Ebene schon lange eingeführte „Neue Finanzmanagement“ sollte schon aus Gründen der Wirkungsverzahnung auch auf Landesebene implementiert werden.

Wir fordern zudem auf, alle umweltschädlichen Subventionen zu streichen. Essenziell sind politische Schritte und Weichenstellungen beim sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle und einer forcierten Wende in der Verkehrs- und Agrarpolitik. Die Verwendung von Fördermitteln (z.B. EFRE, JTF; Intereg u.a.) sollen insoweit eng mit den Zielen der überarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie verbunden werden.

Auch der BUND beobachtet auf vielen Ebenen Akteurinnen und Akteure, die intensiv an der sozial-ökologischen Transformation arbeiten. Allerdings gibt es in weiten Teilen keine adäquate, nicht ökonomisch orientierte Vernetzung zwischen den Akteursgruppen (insbesondere den gemeinwohlorientierten Institutionen, der Zivilgesellschaft, den gewinnorientierten Unternehmungen und der Politik). Zur Behebung dieser „Verinselung“ sollten gute, technikgestützte Beispiele anderer Institutionen als mögliche Vorbilder

herangezogen werden (z.B. die digitale Online-Vernetzungsplattform des B.A.U.M. e.V.). Wissenschaftliche Erkenntnisse zur generationengerechten, digitalen Partizipation stehen in NRW zur Verfügung und sollten zeitnah eingebunden werden (ehemaliges Forschungskolleg „Online-Partizipation“ an der HHU Düsseldorf; das CAIS in Bochum u.a.).

„Die Wende zu einem zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalen (bzw. Deutschland) erfordert politische Rahmensetzungen, lässt sich aber gleichwohl nicht von oben verordnen“ (s.a. politische ökologie 148) Eine zielorientierte Umsetzung, im Zeitfenster von unter sieben Jahren, erfordert unbedingt ein transparentes, und umfassendes Projektmanagement, das sich an den bestehenden und auch neu einzurichtenden Indikatoren zur Nachhaltigkeitsstrategie ausrichtet. Das Beteiligungsverfahren zur Umsetzung des sog. „Deutschlandtaktes der Deutschen Bahn- ICE Strecke Hannover/Bielefeld“ ist aus unserer Sicht ein Beispiel für stark verbesserungswürdige, nicht transparente und im Ergebnis beteiligungsverhindernde Begleitverfahren auf Bundesebene im Wirkungsfeld unseres Bundeslandes.

## II. Zur Beschlussvorlage

Die Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Akteur und Treiber der Transformation, weil sie in unterschiedlicher Aufgabenstellung Bürgerinnen und Bürger einbindet und vorhandene demokratisch ausgeformte und gesicherte Zugangskanäle zum gewinnenden Diskurs und Abbau von Vorbehalten gegen die gesellschaftliche Transformation bereithält. Zudem bildet sie häufig einen geeigneten Rahmen zur Aushandlung unvermeidlich auftretender Zielkonflikte (s.a.in [Politische Partizipation](#) pp 295–316, Springer/ Online-Partizipation beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.: Förderung im innerverbandlichen Kontext nachhaltiger Entwicklung)

Die Engagementstrategie des Landes sollte daher sehr deutlich auch in den Dienst der Nachhaltigkeitsstrategie gestellt werden. „Es ist schwer, die Welt ehrenamtlich zu retten, solange andere sie hauptberuflich zerstören“ (s.a. Dr. von Hirschhausen in Chrismon 06.2023).

Auch eine strategiebezogene, finanzielle und fachliche Förderung von Institutionen kann ein stärkendes Element sein, damit das Wirken der Bürgerschaft in demokratischen Vereinigungsstrukturen im begrenzten und steuerrechtlich erlaubten Rahmen (z.B. Aufwandsersatz analog zur Mitwirkung in kommunalen Gremien) gestützt wird, und die zunehmende Konkurrenz zur Erwerbsarbeit abgemildert werden kann (Bildung für Nachhaltige Entwicklung/BNE). Durch den demografischen Wandel beobachten wir, analog zu vielen vergleichbaren Organisationen, erhebliche Veränderungstendenzen in Form und Umfang von Engagement.

### Zu SDG 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster herstellen

Viele Unternehmen in NRW nehmen die Herausforderung auf und streben eine nachhaltigere Produktion an. Dabei finden verschiedene Auditierungs- und Zertifizierungssysteme

Anwendung. Das LANUV hat die Funktion einer „Musterbehörde“ für die sogenannte „nachhaltige Landesverwaltung 2030“ übernommen. Ein Zertifizierungsprozess (z.B. EMAS) könnte mit einer gewissen fachlichen Unterstützung auch für gemeinnützige Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft von Interesse sein. Es würde das Verständnis der Prozessanforderungen und die eigene Glaubwürdigkeit aus der Praxiserfahrung heraus erhöhen. Dies gilt analog auch für die angedachte Verknüpfung mit dem Ziel der „klimaneutralen Landesverwaltung“ (s. SDG 13). Ein Erfahrungstransfer würde dies unterstützen und zum Teil auch erst ermöglichen.

#### Wirksame Suffizienz-Strategien und absolute Reduktionsziele statt fortgesetzter Orientierung am Wirtschaftswachstum.

Für die Schlüsselgrößen, die für eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch stehen, stellt die DNHS fest: - Anstieg der Rohstoffproduktivität: 1,6 Prozent - Anstieg der Energieproduktivität: 1,5 Prozent.

Durch den Anstieg der Effizienz kommt es zwar zu einer relativen, aber nicht zu einer absoluten Entkopplung. Am Rohstoffverbrauch zeigt sich: Die erfolgte Steigerung der Rohstoffproduktivität hat nicht zu einem tatsächlichen Rückgang des Rohstoffverbrauchs geführt. Vielmehr wird die Effizienzsteigerung vom Wirtschaftswachstum überkompensiert, der Rebound-Effekt ist größer als die erreichte Einsparung durch die Effizienz. Die Konzentration auf eine am BIP gemessene Effizienzsteigerung ist somit nicht zielführend. Vielmehr braucht es einen Zielwert für die absolute Reduktion. Wir verweisen insoweit auf die ergänzende und/oder alternative Dimension eines Nationalen Wohlfahrtsindex (s.a. [Aktualisierung und methodische Überarbeitung des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0 für Deutschland 1991 bis 2012 \(umweltbundesamt.de\)](#))

Damit besteht ein harter Zielkonflikt zwischen Ressourcen- und Klimaschutz einerseits und Wirtschaftswachstum andererseits. Einen solchen Zielkonflikt darf die Nachhaltigkeitspolitik nicht ausblenden. Vielmehr sollte die Landesregierung die richtigen Schlüsse daraus ziehen und sich stärker auf Suffizienz-Strategien fokussieren. Bislang vertritt auch die Bundesregierung die Auffassung, dass mehr Wachstum gut für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele sei, und leitet daraus ab, dass es „Aufgabe der Wirtschaftspolitik“ sei, „die Wachstumskräfte zu stärken“ (S. 164). Dafür seien „wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen“ erforderlich. Dies muss sich aus Sicht des BUND im Sinne eines „weniger und besser“ grundlegend ändern: Nur mit konsequent verfolgten absoluten Reduktionszielen lassen sich dramatische Krisen und Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft abwenden. Es ist aus unserer Sicht notwendig, umweltpolitische Maßnahmen in Zukunft nicht mehr unter „Wachstumsvorbehalt“ zu stellen, sondern alle und insbesondere wirtschaftspolitische Maßnahmen unter „Nachhaltigkeitsvorbehalt“. Zur Relevanz einer diesbezüglichen Handlungsoption der Bundesländer verweisen wir auf die Kurzstudie „Suffizienz in der Landespolitik“ aus 2018, von Prof. Dr. Felix Ekardt, im Auftrag des BUND.

Wir schlagen vor, diese Orientierung als wichtige Grundlinie in die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre politische Umsetzung aufzunehmen.

#### Zu SDG 17 Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben füllen

Die wichtigste internationale Verantwortung ist, dass wir unsere „Hausaufgaben“ machen und nicht weiter auf das Klimabudget, die Flächen und die Ressourcen anderer Länder unter

„Weltmarktbedingungen“ zugreifen. Der Ressourcenverbrauch und der Klimaeffekt des Konsums in Deutschland übersteigen den inländischen Verbrauch bei Weitem. Wir fordern die Landesregierung auf, die internationalen Auswirkungen deutscher Politik durchgängig stärker zu berücksichtigen und entsprechende Ziele festzulegen. Diese müssen darauf ausgerichtet sein, die weitreichenden, teils gravierenden Folgen unserer Wirtschafts- und Handelspolitik, unserer Produktion und unseres Konsums für die Bevölkerung in anderen Teilen der Welt deutlich zu mindern. Unter anderem gilt es, unseren ökologischen Fußabdruck und den Flächenverbrauch außerhalb Deutschlands mit geeigneten Indikatoren darzustellen und zu verringern, sowie das Problem der Nahrungsmittelimporte und Futtermittelimporte zu adressieren

Zur Unterstützung der Zielerreichung dient hierbei eine wachsame, international ausgerichtete Zivilgesellschaft.

Neben den kommunalen Partnerschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem „Eine Welt Netz“, haben auch Akteure des Natur- und Umweltschutzes seit langem demokratisch verfasste, funktionierende internationale Netzwerke mit Partnerorganisation im globalen Süden und weltweit (z.B. friends of the earth international/FOEI). Wir schlagen eine stärkere Vernetzung und Bündelung der Kräfte vor, um voneinander und miteinander und mit internationalen Partnerorganisationen zu lernen. Eine parteipolitisch unabhängige Moderation und fachliche Begleitung durch geeignete Landeseinrichtungen (z. B. dem LANUV) wäre in diesem Kontext möglicherweise hilfreich. Dies insbesondere im Hinblick auf den in vielen Ländern zunehmenden Druck auf die Unabhängigkeit und freie Entfaltung der Zivilgesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Hertzke

BUND NRW e.V.

Quellenangabe:

[Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt - Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie \(wupperinst.org\)](#)

[OPUS 4 | Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt : ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte; eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie \(wupperinst.org\)](#)

[Zukunftsfähiges Deutschland: Wann, wenn nicht jetzt? – BUND e.V.](#)

[Wohlstand statt Wachstum! Ökologische Grenzen wahren – gesellschaftliches Wohlergehen sichern – BUND e.V.](#)

[Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis – BUND e.V.](#)

[Suffizienz in der Landespolitik – BUND e.V.](#)

[BUND-Projekt: Nachhaltiges Europa 2030 – BUND e.V.](#)

(s.a. [The shrinking space for civil society in Europe \(europa.eu\)](#))

[BUND verleiht sechsten Forschungspreis zur Nachhaltigkeit – BUND e.V.](#)